

Niederschrift

über die	2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
Tag:	05.06.2025
Dauer:	18:01 Uhr - 19:45 Uhr
Ort:	Sitzungssaal I des Rathauses, Rathausplatz 1, 59174 Kamen

Anwesend:

SPD

Frau Alexandra Bartosch
Frau Christiane Klanke
Frau Ulrike Skodd

CDU

Frau Sarah Grüneberg
Herr Marco Korte
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Sandra Heinrichsen
Frau Christina Kollmann

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Herr Hans-Jörg Brand
Herr Martin Brandhorst
Frau Tanja Brückel
Frau Silvia Mühlhaus
Herr Christian Ring
Frau Anja Wagner

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. a-I der Satzung für das Jugendamt

Frau Anja Bolz
Herr Johannes Gibbels
Frau Elke Kappen

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. j der Satzung für das Jugendamt

Herr Michael Düpont
Frau Katrin Geier

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. m der Satzung für das Jugendamt

Herr Dirk Externbrink
Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Alexandra Werthmann

Verwaltung

Frau Nicole Börner
Frau Lea Fullert
Frau Sandra Kiefel
Frau Simone Schlücker
Herr Andree Schneider
Julia Titze

Entschuldigt fehlten

Frau Aynur Cufali
Frau Susanne Hartmann
Frau Dany Hüseman
Frau Sigrid Köhler
Frau Birgit Körfer
Herr Helmut Krause
Frau Patricia Lubecki
Frau Laura Schwarz
Herr Martin Volkmer

Die Ausschussvorsitzende Frau **Klanke** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Jahr 2025 und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und die Beschäftigten der Verwaltung. Daraufhin verpflichtete sie Herrn Michael Düpont als Ausschussmitglied.

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Halbjahresbericht Verfahrenslotsin	
3	Ergebnisdarstellung der Bestandsaufnahme zur Inklusion in Kitas im Kreis Unna	
4	Sommerferienprogramm 2025 der offenen Kinder- und Jugendarbeit	
5	Folgenutzung Modul-Containeranlage Wilhelm-Bläser-Straße 16	065/2025
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Zu TOP 2

Halbjahresbericht Verfahrensslotsin

Frau **Titze** erörterte im Rahmen einer Präsentation die Entwicklung im Bereich Beratung für junge Menschen mit (drohender) Behinderung und deren Angehörigen. Dazu stellte sie aktuelle Entwicklungen, erste Ergebnisse auf der Beratungsarbeit und erste Ergebnisse aus der Strukturentwicklung vor (siehe Anlage 1).

Frau **Kappen** ergänzte, dass interne Newsletter verteilt würden, damit die Kindertageseinrichtungen und die Schulen auch den neuesten Stand erfahren würden.

Frau **Brückel** bat darum die Informationen auch auf die Seite der VillaFiB zu stellen, damit diese für alle frei zugänglich seien.

Frau **Bartosch** bedankte sich und erkundigte sich nach den Zahlen von Fällen nach Einrichtungsbesuch aus der Statistik. Hier sei ihr aufgefallen, dass nur 8,1 % durch die Kindertagesbetreuung und 35,1 % durch die Grundschulen gemeldet seien. Sie erfragte was die Gründe für diesen gravierenden Anstieg sein könnten.

Frau **Titze** erklärte, dass verschiedene Faktoren die Zahlen beeinflussen würden. Zum einen gebe es lange Wartezeiten auf Grund des Mangels an Diagnostikplätzen, so dass eine Diagnostik oft erst am Ende der Kindergartenzeit erfolge. Zum anderen löse der Wechsel aus der Kindertageseinrichtung in die Schule weitere Problemlagen aus, die vorher nicht erkannt wurden. Die Systemänderung sei für viele Kinder schwierig zu meistern.

Frau **Bartosch** ergänzte, dass eine strukturelle Weiterentwicklung erforderlich sei. Die Aussage, Kindertageseinrichtung funktioniere, sei nicht richtig. Vielmehr würden die Kindertageseinrichtungen bei der Diagnostik nicht wirklich ernst genommen. Sie wünsche sich eine bessere Wahrnehmung, da es am Ende die Familien und Kinder seien, die in der Schule dann Druck hätten. Die Hilfe müsse viel früher angeboten werden.

Frau **Titze** stimmte zu, dass die Zahlen belegen würden, dass wenig Bedarfe zur Unterstützung aus den Kindertageseinrichtungen kommen würden und eher der Bedarf aus den Schulen kommuniziert würde. Hier müssten die Strukturen in den Kindertageseinrichtungen weiterentwickelt bzw. Gespräche geführt werden wo die Problemlage liegt.

Frau **Bartosch** fügte an, dass die Kindertageseinrichtungen bemüht seien die Problemlagen aufzuzeigen, aber schlichtweg keine Berücksichtigung fänden und ihnen die Professionalität abgesprochen werde.

Frau **Kappen** erläuterte, dass es zusätzlich ein Problem sei, dass Eltern oft auch erst im Bereich Schule, wenn die Anforderungen an die Kinder steigen und diese die nicht bewältigen könnten, offener für Gespräche zur Unterstützung seien. Ein nächster Schritt könnte sein das vorhandene Netzwerk aus der Präventionsarbeit zu nutzen, um eine gemeinsame Veranstal-

tung zur Kommunikation auf Augenhöhe mit Kindertageseinrichtungen, Beratungseinrichtungen und medizinischen Einrichtungen auf die Beine zu stellen.

Frau **Möller** fügte an, dass es im Bereich Kindertageseinrichtungen bereits ein bewährtes funktionierendes System mit z.B. Fachberatung und Frühförderstellen gebe, auf das zunächst zurückgegriffen werde, bevor man die Verfahrenslotsin kontaktiere.

Zu TOP 3

Ergebnisdarstellung der Bestandsaufnahme zur Inklusion in Kitas im Kreis Unna

Frau **Fullert** stellte die Ergebnisse der Bestandsaufnahme zur Inklusion in Kitas im Kreis Unna anhand einer PowerPoint Präsentation vor (siehe Anlage 2). Sie wies daraufhin, dass der Bericht für den Kreis Unna sei und für Kamen extra zusammengestellt werde. Verdachtsfälle seien nicht miterfasst. Die Werte aus Schwerte seien in diesem Bericht nicht enthalten, werden aber folgen. Die Ergebnisse würden sich mit dem Bericht der Verfahrenslotsin decken.

Frau **Bartosch** bedankte sich für die ausführliche Darstellung. Sie erfragte mit Blick auf das Jahr 2029, wenn es keine speziellen inklusiven Einrichtungen mehr gebe, sondern inklusive Kinder in allen Einrichtungen untergebracht werden sollen, ob alle Kindertageseinrichtungen dann so umgebaut werden sollen, damit jedes inklusive Kind dort aufgenommen werden könne. Das wäre finanziell kaum tragbar für die Kommunen.

Frau **Börner** erläuterte dazu, dass natürlich nicht jede Kindertageseinrichtung umgebaut werden müsse. Vielmehr gebe es die Verpflichtung bei geplanten Umbaumaßnahmen, Sanierungen oder Erweiterungen diese inklusiv zu planen und umzusetzen. Im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung sei es dann Aufgabe der Kommunen zu schauen welche inklusiven Bedarfe gedeckt werden müssten, da nicht jede Kindertageseinrichtung alle inklusiven Bedarfe abdecken könne.

Frau **Kappen** ergänzte, dass wenn die große Lösung kommen sollte, Schwerpunkte für die Kindertageseinrichtungen festgelegt würden, um alle inklusiven Bedarfe im Stadtgebiet Kamen abzudecken.

Frau **Brückel** stimmte Frau Kappen zu. Sie sei nicht der Meinung, dass 2029 alle heilpädagogischen Einrichtungen geschlossen würden. Sollte dies doch der Fall sein, werde es, wie Frau Börner erkläre, viele Jahre dauern, um die Strukturen zu schaffen, um den Anforderungen an Inklusion gerecht werden zu können. Sie sehe es aber problematisch, wenn Kindertageseinrichtungen mit Schwerpunkten fungieren würden. Dies sei nicht im Sinne der Inklusion, sondern nur eine Notlösung.

Frau **Kappen** stimmte Frau Brückel zu, dass es wünschenswert wäre, wenn die Eltern auch dann kurze Wege hätten und die Kindertageseinrichtungen in der Nähe das Angebot vorhalten würden.

Frau **Brückel** fügte an, dass die Zahlen spannend seien, da sie im Widerspruch zu den Zahlen in den Schulen stehen würden. Auch in den Schulen spreche mal beim Thema Inklusion bereits über Mangelwirtschaft. Man müsse das Thema vielleicht dahingehend größer betrachten.

Frau **Möller** stellte in Frage, ob man bis 2029 noch über eine Vision sprechen könne. Sie wies darauf hin, dass Umbaumaßnahmen das eine seien und Qualifizierung des Personals

das andere. Aber den Unterschied zwischen einer Regeleinrichtung und einer heilpädagogischen Einrichtung sei der Personalschlüssel und diesen müssen man im Blick behalten, um Inklusion auch umsetzen zu können.

Herr **Grosch** stellte erschreckend fest wie wenig Fachkräfte es in diesem Bereich überhaupt gebe. Das zeige ganz deutlich, dass Kindertageseinrichtungen die Anforderungen 2029 mit diesem Personalschlüssel nicht leisten könnten.

Frau **Bartosch** ergänzte, dass der Ist-Zustand schon dramatisch sei, unabhängig von dem was 2029 kommen werde.

Frau **Kappen** führte abschließend aus, dass die Situation in Schulen im Bereich Inklusion bereits zu großen Problemlagen führe und diese dort bereits nicht umfassend abgearbeitet werden könnten. Im Hinblick auf eine Umsetzung in den Kindertageseinrichtungen stelle das sowohl die Kommunen als auch die Träger und Einrichtungen vor enorme Herausforderungen.

Zu TOP 4

Sommerferienprogramm 2025 der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Herr **Gibbels** präsentierte das neue Plakat zum Sommerferienprogramm 2025 und erläuterte die Abläufe und das großzügige Angebot das in den nächsten 6 Wochen durch die Kinder der Stadt Kamen besucht werden könnten. Die Details könnten dem Ferien-Fun-Kalender entnommen werden zu dem man über den QR-Code auf dem Poster gelangen würde. Sowohl Besuche im MoviePark als auch Angebote der kirchlichen Träger und Sportvereinen würden im Programm stehen. Es gebe aber auch wieder ein Angebot Sommerlernen durch den FörJu, dass immer gut angenommen würde. Auch Mini-Kamen für ca. 250 Kinder werde wieder angeboten. Dies erfolge in Kombination mit dem VeBu, der etwa 30 Kinder mit Inklusionsbefar und persönlichen Begleitern daran teilnehmen lasse. Des Weiteren gebe es wieder eine Ferienfreizeit für Kinder von 9 – 14 Jahren. Diesmal fände diese in Xanten in der Jugendherberge statt. Als besondere Aktion fände diesmal eine Kinderkunstwoche im Haus der Stadtgeschichte statt, welche über den Kulturrucksack NRW gefördert werde. Diese wird durch den Künstler Thomas Hugo angeleitet und Kinder können dort ihre kreative Ader mit unterschiedlichen Materialien ausleben. Die Kinderkunstwoche findet zu Ehren des verstorbenen Kamener Künstlers Günther Kampmann statt und im Zuge dessen werden diverse Skulpturen und Kunstgegenstände in Kamen besucht (siehe Anlage 3).

Frau **Klanke** bedankte sich für die Ausführungen und das große Engagement der Mitarbeitenden und teilte mit, dass der Ferien-Fun-Kalender auch bei den Familien in den umliegenden Kommunen auf großes Interesse stoße.

Frau **Kappen** bat darum über den JHA auch den Dank an die beteiligten Kirchen, Vereine und Gruppierungen zu transportieren, die die Aktionen unterstützen. Ohne diese wäre das umfassende Angebot an Möglichkeit nicht möglich.

Frau **Brückel** bedankte sich und teilte mit, dass der QR-Code funktioniere und es gut sei, dass es verschiedene Möglichkeiten der Bezahlung gebe u.a. durch die BuT-Karte. Sie erkundigte sich nach der Schwimmbad-Ferienkarte für 30 €. Im Sozialausschuss sei darüber bereits diskutiert worden, aber es sei nicht klar was diese 30 € beinhalten würden.

Frau **Kappen** informierte darüber, dass Schüler*Innen für 30 € den Eintritt für die kompletten Ferien in das Schwimmbad erhalten würden.

Zu TOP 5

Folgenutzung Modul-Containeranlage Wilhelm-Bläser-Straße 16

Frau **Kappen** erläuterte den Hintergrund zum Beschlussvorschlag.

Die Mitglieder des JHA führten eine ausführliche Diskussion zum Beschlussvorschlag. In der Diskussion wurden die Themen Neubaugebiete in Kamen, Firmenanfragen Kita-Plätze (keine Betriebs Kita), Platzbedarfe in Kamen, Kosten Abbau und Fortführung der Container-Anlage im Hemsack, Kauf der Container-Anlage, Zeiträume zur weiteren Nutzung, Betreiber der Anlage, Problemlagen wenn Mietvertrag Container-Anlage bis zum bestimmten Zeitpunkt nicht verlängert wird, Mieter der Container-Anlage, Refinanzierung der Anlage durch den LWL, ob dieser Vorratsbeschluss erforderlich ist, damit die Stadt bei Bedarf handlungsfähig bleibe, die weitere Vorgehensweise bei Annahme des Beschlussvorschlages und die Möglichkeit der Verschiebung der Entscheidung auf neuen JHA besprochen.

Die Verwaltung wird den Jugendhilfeausschuss unaufgefordert über die weitere Entwicklung informieren.

Im Anschluss an die umfassende Diskussion einigten sich die Ausschussmitglieder den Vorschlag, wie von der Verwaltung formuliert, abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Folgenutzung der Modul-Containeranlage an der Wilhelm-Bläser-Straße 16 ab dem 01.04.2026 zum Zwecke einer bedarfsgerechten Bereitstellung von Betreuungsplätzen im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung.
2. Der Jugendhilfeausschuss ermächtigt die Verwaltung entsprechende Verträge abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: mit einer Gegenstimme angenommen

Zu TOP 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen:

1.

Frau **Kappen** stellte die Gesamtfinanzierung der Kindertageseinrichtungen in Kamen anhand einer Präsentation vor. Sie erläuterte die dazugehörigen Bausteine und stellte fest, dass diese nicht allein durch die Elternbeiträge finanziert würden, auch wenn dies oft angenommen würde (siehe Anlage 4).

2.

Frau **Börner** kündigte an, dass die Einladung für die Präventions-Konferenz, die alle zwei Jahre stattfindet, mit dem Thema Sprache macht Stark - für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen versendet wurde. Dort werde ein Fachvortrag von Professorin Dr. Anna-Lena Scherger gehalten.

3.

Frau **Börner** informierte darüber, dass das Förderprogramm zur Qualitätsentwicklung OGS in 2024 ausgelaufen sei und die Stadt Kamen sich auf das Förderprogramm - Zuwendung für die Begleitung kommunaler Qualitätszirkel beworben habe. Zum 04.06.2025 habe man bereits den Zuwendungsbescheid in Höhe von 2.000 € für die Qualitätsarbeit im Jahr 2025 erhalten.

Zudem habe man sich auf das Landesprojekt - Förderung von Beteiligungsprozessen für Familien und Kindern in benachteiligten Lebenslagen in Kooperation der Jugendhilfeplanung und dem Netzwerkkoordination frühe Hilfen beworben. Der Förderantrag beim LWL belaufe sich auf eine Summe in Höhe von 10.000 € für das Jahr 2025 und diene zur Deckung von Sachkosten, die bei der besseren Einbindung in Beteiligungsprozesse von Familien mit Kindern von 0 bis 10-Jahre, entstünden. Vornehmlich ginge es darum herauszufinden, welchen Bedarf Familien in benachteiligten Lebenslagen genau hätten und wie sie diesen formulieren könnten.

Anfragen

1.

Frau **Grüneberg** erfragte warum der Spielplatz in der Rosenstraße noch nicht eröffnet sei. Dies sollte Anfang Mai erfolgen.

Frau **Kappen** erklärte, dass der Rasen vor Ort auf Grund des Wetters nicht richtig angewachsen sei. Erst wenn der Rasen angewachsen sei könne der Spielplatz freigegeben werden. Es würde wöchentlich eine Begehung dazu stattfinden. Die Fraktionen würden über den Termin informiert.

2.

Frau **Grüneberg** erkundigte sich, warum keine Einladung für die Termine zum Kinder- und Jugendhaushalt erfolgt seien. Im letzten Jahr hätten sie eine Einladung erhalten.

Frau **Kappen** informierte darüber, dass man auf Grund der Rückmeldung aus dem letzten Jahr darauf verzichtet habe. Die Kinder und Jugendlichen hätten kommuniziert, dass zu viele Erwachsene eher kontraproduktiv bei der Diskussion seien und sie lieber frei unter sich diskutieren würden. Diesem Wunsch sei entsprochen worden

B. Nichtöffentlicher Teil
Zu TOP 1

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

entfällt

Frau **Klanke** informierte darüber, dass dies die letzte planmäßige Sitzung in 2025 gewesen sei, dankte den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung und schloss die Sitzung um 19:43 Uhr.

gez. Klanke
Vorsitzende

gez. Gibbels
Schriftführer